

FORDERUNGEN DER VOLKSHILFE

Kurzfristige Maßnahmen gegen die Teuerung

Fünf Forderungen für sofortige Entlastung besonders gefährdeter Gruppen.

Überblick:

- Kostenlose Energieversorgung für Armutsbetroffene
- Erhöhung der Wohnbeihilfe
- Rücknahme der Mieterhöhungen
- Sondersteuer auf Profite der Mineralölkonzerne
- Wiederkehrende Direktzahlungen gegen hohe Lebensmittelpreise

Kostenlose Energieversorgung für Armutsbetroffene

Armutsgefährdete Haushalte sind dreimal stärker von der Teuerung betroffen, als Haushalte mit höherem Einkommen. Für Menschen, die von Energiearmut betroffen sind, haben die gestiegenen Gas- und Strompreise besonders dramatische Folgen. Weil das Geld meist nicht für den Austausch der Heizung oder die Anschaffung moderner, energieeffizienter Elektrogeräte reicht, und die Wohnungen schlecht saniert sind, haben die Betroffenen oft besonders hohe Energieausgaben. Da es sich dabei um armutsgefährdete Haushalte mit geringen Einkommen handelt, können sie die Mehrkosten nicht alleine tragen.

Einmalzahlungen alleine reichen nicht aus, um die Betroffenen zu unterstützen und auch vor künftigen Preisentwicklungen zu schützen. Die von der Regierung beschlossenen Direktzahlungen sind nicht ausreichend und wirken zu spät. Der Energiekostenausgleich von 150 Euro wird erst zu Jahresende wirksam, doch bis dahin wird die Inflation weiter rasant ansteigen.

Die Verwendung von Energie ist ein Grundbedürfnis und notwendige Voraussetzung zum Leben. Bei Kälte zu heizen oder Haushaltsgeräte zu verwenden darf kein Privileg sein, das an die vorhandenen, finanziellen Ressourcen gekoppelt ist. Es braucht daher eine neue gesetzliche Regelung, die das Grundrecht auf Energieversorgung sichert. Deshalb fordert die Volkshilfe eine dauerhafte, kostenlose Energieversorgung für Menschen, die an oder unter der Armutsgrenze leben. Erwerbslose, Ausgleichszulagen-, Sozialhilfe- und Studienbeihilfebezieher*innen sollen durch diese Maßnahme gezielt unterstützt werden.

Erhöhung Wohnbeihilfe

Wohnen ist für Haushalte mit geringem Einkommen die größte Ausgabenkategorie. Beinahe die Hälfte ihres Einkommens geben Haushalte in der untersten Einkommensgruppe für Ernährung und Wohnen aus. Die Wohnkosten sind in den vergangenen Jahren konstant angestiegen und erreichen mit der derzeitigen Inflation neue Höchstwerte. Armutsgefährdete Menschen verfügen nicht über die Möglichkeit, die gestiegenen Kosten zu kompensieren. Bereits in den vergangenen Jahren waren die Wohnkosten eine der Hauptursachen für Armut in Österreich.

Die Wohnbeihilfe ist ein wichtiges Mittel, um einkommensschwache Haushalte bei der Bewältigung der Wohnkosten zu unterstützen. Doch vor allem durch die "neue" Sozialhilfe, die in Oberösterreich, Niederösterreich oder Salzburg bereits wirksam ist, kam es zu deutlichen Verschlechterungen bei der Möglichkeit, Wohnbeihilfe zu beziehen. Das zeigt eine Untersuchung der Armutskonferenz¹. Die von der Bundesregierung präsentierte Anpassung des Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes bringt hier keine merklichen Verbesserungen. Die Wohnbeihilfe wird bei Sozialhilfebezug weiterhin abgezogen, zusätzlich ist die zu gering angesetzt, von Bundesland zu Bundesland verschieden und zu kompliziert ausgestaltet.

Wohnen ist ein Grundbedürfnis. Werden Armutsgefährdete in der aktuellen Lage nicht zielgerichtet und ausreichend unterstützt, drohen Delogierungen und ein dramatischer Anstieg der Armut in Österreich. Eine Erhöhung der Wohnbeihilfe ist ein wichtiges Mittel um zu verhindern, dass Menschen aufgrund der aktuellen Teuerungen ihren Wohnort verlieren. Zur gezielten Entlastung von einkommensschwachen Haushalten fordert die Volkshilfe daher eine Erhöhung der Wohnbeihilfe.

Rücknahme der Mieterhöhungen

Auch die Mieten werden durch die Inflation immer weiter in die Höhe getrieben. Mit April 2022 erfolgte eine Erhöhung der Richtwert-Mieten um 6 Prozent. Dabei sind die Mieten in den vergangenen Jahren bereits stark gestiegen: seit 2010 haben sie sich verdoppelt. Die Löhne wurden im selben Zeitraum hingegen nur um 23 Prozent erhöht².

Während Wohnungseigentümer*innen durch die zusätzlichen Mieteinnahmen satte Profite machen, zahlen Mieter*innen wegen der aktuellen Teuerungen doppelt drauf: sie müssen nicht nur mehr für Energie, sondern auch mehr für die Miete bezahlen. Die Kostenbelastung steigt für die Betroffenen also enorm und immer mehr Menschen können sich die eigene Wohnung nicht mehr leisten.

¹ Die Armutskonferenz, „Die im Dunkeln sieht man nicht...“, 2022 <https://www.armutskonferenz.at/news/news-2022/sozialhilfestudie-hilfe-jetzt-langsam-und-weniger-effizient.html>

² Momentum Institut, „Hohe Mietpreise: Schnell eingreifen!“, April 2022, <https://www.momentum-institut.at/news/hohe-mietpreise-schnell-ingreifen>

Sondersteuer auf Profite der Mineralölkonzerne

Mineralölkonzerne machen derzeit durch die hohen Spritpreise enorme Gewinne. Öl und Gas haben sich seit Ausbruch des Kriegs in der Ukraine verteuert, doch mittlerweile sind die Rohstoffpreise beinahe wieder auf Vorkriegsniveau. Die Konzerne kassieren aber weiterhin Zuschläge auf Benzin, Diesel und Heizöl. Mineralölkonzerne wie OMV, Shell und BP konnten seit Kriegsbeginn ein Plus von 79 Millionen Euro machen und somit enorme Profite aus dem Krieg in der Ukraine schlagen³. Um das zu verhindern braucht es eine Sondersteuer auf die Profite, die derzeit von den Unternehmen gemacht werden. Die zusätzlichen Staatseinnahmen müssen dazu genutzt werden, Entlastungsmaßnahmen für die Bevölkerung zu finanzieren und besonders gefährdete Gruppen gezielt zu unterstützen.

Die Teuerung sorgt ohnehin bereits für viel zusätzliches Geld in den Staatskassen: bis zu 11 Mrd. Euro an Mehreinnahmen bringt die Inflation dem Budget in den Jahren 2022 und 2023⁴. Auch dieses Geld muss für Finanzierung von Unterstützungsmaßnahmen ausgegeben werden. Es muss dazu verwendet werden, das Leben von Menschen abzusichern, die durch die Teuerung in Existenznot geraten.

Wiederkehrende Direktzahlungen gegen hohe Lebensmittelpreise

Durch die Inflation sind die Lebensmittelpreise dramatisch gestiegen. Grundnahrungsmittel wie Brot kosten mittlerweile um 8,2 Prozent mehr als im Vorjahr, Gemüse verteuerte sich um 9% Prozent. Einzelne Produkte unter den Grundnahrungsmitteln haben sich um mehr als das Doppelte verteuert: laut AK-Preismonitor ist Weizenmehl um 65%, Penne-Nudeln um 79% und Sonnenblumenöl um 125% teurer als noch vor einem Jahr⁵. Einkommensschwache Haushalte treffen diese Preissteigerungen besonders hart. Da ihre Haushaltseinkommen gering sind, müssen Armutsbetroffene und geringverdienende Haushalte einen sehr hohen Anteil ihres Einkommens für Lebensmittel aufwenden.

³ Momentum Institut, „Krieg? Inflation? So bereichern sich die Ölkonzerne.“, April 2022, <https://www.moment.at/story/inflation-krieg-oelkonzerne-gewinn>

⁴ Wiener Zeitung, „Inflation bringt Budget Milliarden“, April 2022, <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/wirtschaft/oesterreich/2144405-Inflation-bringt-Budget-Milliarden.html>

⁵ AK Wien, „Preisentwicklung von billigsten Produkten sowie von Markenprodukten im Lebensmittel- und Drogeriewarenhandel, April 2022 https://www.arbeiterkammer.at/beratung/konsument/EinkaufundRecht/Preisentwicklung_April_2022.pdf

Die im Entlastungspaket der Regierung beschlossenen 300 Euro für besonders gefährdete Gruppen sind zwar begrüßenswert, reichen aber angesichts der Preisentwicklungen nicht aus.

Ab Herbst werden erneut dramatische Mehrkosten auf armutsgefährdete Haushalte zukommen, doch bis dahin ist von den 300 Euro Teuerungsbonus nichts mehr übrig. Menschen mit besonderem Bedarf brauchen widerkehrende Unterstützung, um auch künftige finanzielle Herausforderungen zu stemmen. Direktzahlungen sind ein wichtiges Mittel, um schnell und unbürokratisch Abhilfe in Notsituationen zu schaffen. Ein weiterer 300 Euro Teuerungsausgleich für Erwerbslose, Ausgleichszulagen-, Sozialhilfe- und Studienbeihilfebezieher*innen für den Herbst ist daher vonnöten.

Dennoch ist klar: Die Kosten der Teuerung für Haushalte, deren Einkommen vor allem aus Transferleistungen besteht, werden durch Einmalzahlungen nicht abgedeckt. Für untere Einkommensgruppen sind die Belastungen prozentuell am Haushaltseinkommen besonders hoch. Familien in der Mindestsicherung oder arbeitssuchende Menschen werden durch Einmalzahlungen nicht nachhaltig abgesichert. Im Sinne der Armutsbekämpfung und besseren sozialen Absicherung müssen Löhne und Sozialleistungen daher langfristig angehoben werden.